Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 251. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Mittwoch, den 26. Oktober 1927**

Reichsprovinzen?

Ein Politiker, der sich namentlich mit innenpolitischen Angelegenheiten beschäftigt, legt zu der Frage der Reichsprovinzen, die in der letzten Zeit öfter in der Öffentlichkeit erörtert worden ist, folgende Gedanken nieder.

Vor kurzem hatte ein Regierungsmitglied im Freistaat Hessen erklärt, es wäre wohl das beste, Reichsprovinz zu werden, wenn das Reich den Ländern nicht genug Geld zum Leben lasse. Reichsprovinz werden will Waldeck zwar nicht, aber es unterhandelt wieder einmal mit Preußen, um seinen Anschluß an den großen Nachbarn zu vollziehen.

Der Gedanke der „Reichsprovinzen" ist seit dem gewaltigen Zusammenbruch des alten Reiches öfter schon in die Debatte geworfen worden, da die dynastischen Bande, die allein oder zusammen mit dem historischen Werden den Ländern Zusammenhalt und Daseinsberechtigung gaben, insgesamt frotgefallen sind. Revolution bedeutet aber immer einen Bruch in der Geschichte und so war es weiter nicht erstaunlich, daß die Anhänger einer restlosen Vereinheitlichung Deutschlands Pläne machten, unter denen auch die Absicht gern ausgesprochen wurde, unter Zerschlagung aller vorhandenen Einzelstaaten eine kleine Anzahl von Reichsprovinzen, nach Stämmen oder wirtschaftlichen Erwägungen gebildet, an die Stelle der bisherigen bunten Vielfältigkeit zu setzen. Im ersten Sturm der Revolution dies durchzusetzen, wäre vielleicht nicht gar so schwer gewesen, aber bald zeigten sich in den Einzelstaaten derartig starke Widerstände, daß alle Pläne bis auf einen Rest in der Versenkung verschwanden. Einzig und allein Thüringen konnte zu einer Einheit verschmolzen werden und die neuen Bestimmungen in der Reichsverfassung sind recht behutsam geblieben.

Daß eine völlige strukturelle Umgruppierung in Reichsprovinzen gewisse und nicht unerhebliche verfassungstechnische und finanzielle Ergebnisse zeitigen würde, daß namentlich die Abschaffung kostspieliger Ministerien, Parlamente, Oberbehörden im Hinblick auf die deutsche Finanzlage zu begrüßen sein würde, ist so einleuchtend, daß hier nicht bloß gewisse Kreise der deutschen Wirtschaft, sondern auch der Reparationsagent einhaken. Aber hier spielen auch sehr starke grundsätzliche Erwägungen historische Entwicklungen eine gewichtige Rolle, so sehr daß eine verwaltungsrechtliche Uniformierung, wie sie beispielsweise in den romanischen Ländern Europas durchgeführt ist, keineswegs als „der Güter höchstes" angesehen zu werden braucht. Gewiß hat Reichsgründung und achtundvierzigjährige Geschichte, haben dann der Weltkrieg und die Not, die hernach kam, mehr zur Einigung des Reiches, zur offenen oder nur gefühlsmäßig erschauten Betonung des Gemeinsamen beigetragen, aber man sollte, um ein Bismarck-Wort zu gebrauchen, nicht eine Lampe unter den Apfel halten, um ihn schneller zum Reifen zu bringen. Das würde eher nur die Gegensätze verschärfen, die im Scherz oder sonst noch oft genug zum Ausdruck kommen.

Selbst aber jene, die Gegner solcher Uniformierung sind, werden zustimmen, wenn eine näherliegende Aufgabe in Angriff genommen würde, die nicht einmal so weit geht, die kleinen und mittleren deutschen Staaten den größeren Nachbarn in die Arme zu führen. Wir denken an die Beseitigung der sogenannten Enklaven, also jener Fetzchen irgendeines Landes, umgeben von anderen Ländern, häufig nur aus ein paar Dörfern bestehend, aber mehr oder weniger fern dem Hauptteil jenes Landes, dem es zugehört. Neulich wurde in den Zeitungen die Zahl dieser Enklaven mit — rund 250 angegeben! Es klingt fast wie ein Märchen aus jenen Zeiten vor zwei-, dreihundert Jahren, als man Deutschlands Ländergebiet aus verständlichen Gründen mit einem Kleid verglich, das aus unzähligen Flicken und Flickchen, Fetzen und Fetzchen zusammengesetzt war und infolgedessen überaus buntscheckig aussah. Es ist sehr viel besser geworden, meist unter dem Druck auswärtiger Not, aber noch immer gilt der Grundgedanke des Verfassungswortes, das einst Bismarck schuf: Nicht durch Gewalt und Zwang sollen die deutschen Stämme und Länder geeint werden, sondern freiwillig und gern sollen sie unter dem gemeinsamen Dache wohnen.

*

Anschlußverhandlungen zwischen Preußen und Waldeck.

In Arolsen fand zur Vorbereitung der Besprechungen mit den preußischen Regierungsvertretern über den Abschluß eines Anschlußvertrages eine gemeinsame Sitzung des Landes- und des Verfassungsausschusses statt, an der auch Vertreter der Waldeckschen Regierung teilnahmen. Eine gemeinsame Sitzung des Landes- und des Verfassungsausschusses sowie der preußischen und der waldeckschen Regierungsvertreter ist auf Mittwoch, den 26. Oktober, anberaumt. Wie verlautet, werden die Verhandlungen jedoch über das Stadium der Vorbesprechungen noch nicht hinauskommen.

Der Schritt Parker Gilberts

Köhler über das Schreiben des Reparationsagenten.

Beratungen mit den Parteiführern.

In Gegenwart des Reichskanzlers Dr. Marx und einiger Staatssekretäre hat Reichsfinanzminister Dr. Köhler den Parteiführern eine Übersicht über die Finanzlage des Reiches und über die Denkschrift des Reparationsagenten Parker Gilbert gegeben. Über den Bericht des Reparationsagenten teilte der Reichsfinanzminister mit, daß er ein Glied der üblichen Informationen darstelle. Aus privaten Meldungen wird bekannt, daß das Schreiben des Reparationsagenten sich auf die Anleihe- und Ausgabenpolitik der Reichsregierung bezieht und auch in diesem Rahmen die Besoldungsvorlage streift, ebenso die bei Durchführung des Reichsschulgesetzes erwachsenden Ausgaben und die Ausgaben für alle Vorlagen, die für die nächste Zeit vorgesehen sind.

Da amtlicherseits nach wie vor über den Inhalt der Denkschrift der Öffentlichkeit gegenüber strengstes Stillschweigen bewahrt wird, ist es natürlich außerordentlich schwierig, diese aus privater Quelle stammenden Berichte nachzuprüfen. Wie es heißt, beabsichtigt die Reichsregierung auch weiterhin den Bericht Parker Gilberts geheimzuhalten, doch soll sie sich bereit erklärt haben, darüber der Öffentlichkeit Aufschluß zu geben, wie das Schreiben des Reparationsagenten zustande gekommen ist. Dem Vernehmen nach soll der Reichsfinanzminister Dr. Köhler in letzter Zeit wiederholt Besprechungen mit dem Reparationsagenten gehabt haben. Bei diesen Unterredungen soll Dr. Köhler dem Reparationsagenten gegenüber den Wunsch ausgesprochen haben, daß er seine Ansichten über die zukünftige Finanzpolitik Deutschlands schriftlich niederlegen möge. Diesem Ersuchen ist also dann Parker Gilbert mit seiner Denkschrift, die in der deutschen Öffentlichkeit so großes Aufsehen erregt hat, nachgekommen.

In politischen Kreisen schweben im übrigen Erwägungen, zur Untersuchung der gesamten Schwierigkeiten, denen die Ausführung des Reparationsplanes unterliegt, eine Kommission von Sachverständigen einzusetzen. Man beabsichtigt, eine eigene Stelle für den Verkehr mit dem Reparationsagenten zu schaffen, bei der dann die Wünsche der einzelnen Ressorts zusammenlaufen und von der aus mit dem Reparationsagenten verhandelt werden soll. Die Verhandlungen darüber sind allerdings noch nicht abgeschlossen.

*

Stresemann bei Hindenburg.

Dienstag mittag hat übrigens Reichspräsident von Hindenburg den Reichsaußenminister Dr. Stresemann zum Vortrag empfangen. Hierbei dürfte gleichfalls die durch den Schritt des Reparationsagenten stark beeinflußte gesetzgeberische Situation zur Sprache gekommen sein.

Um die Beamtenbesoldung.

In der Öffentlichkeit ist die Vermutung aufgetaucht, daß durch den Schritt des Reparationsagenten die von der Reichsregierung beabsichtigte Besoldungsreform für die Beamten gefährdet sei. Wie versichert wird, sollen diese Gerüchte nicht den Tatsachen entsprechen. Die Reichsregierung hat vielmehr nach wie vor die Absicht, die Besoldungsreform durchzuführen, ohne daß eine Steuererhöhung eintritt. Die Mehrausgaben sollen, wie es auch ursprünglich beabsichtigt war, aus den laufenden Mitteln der Reichseinnahmen gedeckt werden. Auch der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff gab im Finanzausschuß des Preußischen Landtages seine Ansicht dahin kund, daß die Besoldungsvorlage der Reichsregierung nicht infolge des Schrittes des Reparationsagenten zurückgenommen würde. Im übrigen wies der Minister darauf hin, daß Preußen 130 Millionen Mark für die Erhöhung der Beamtengehälter zur Verfügung stellen könne, für den Rest müsse jedoch das Reich helfend eingreifen.

---

880 Personen ertrunken.

Untergang des Dampfers „Mafalda"

Neuyork, 26. Oktober. Nach einer Agenturmeldung meldet die Zeitung „Laorensa" aus Buenos Aires: Der Dampfer „Mafalda" ist nahe Bahia mit 1300 Passagieren an Bord gesunken. 700 Personen konnten gerettet werden. Vier Dampfer sind nach der Unglücksstelle unterwegs. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Buenos Aires, 26. Oktober. Der französische Dampfer „Formosa" teilt funkentelegraphisch mit, daß er mit 720 Ueberlebenden des Dampfers „Mafalda" an Bord nach Rio de Janeiro unterwegs ist. Das Büro der Navigazione Generale Italiana gibt bekannt, daß sich an Bord „Mafaldas" 1800 Passgiere befanden. Man befürchtet, daß 880 Menschen ertrunken sind. An Bord des Dampfers befand sich auch der berühmte italienische lyrische Tenor der Metropolitan-Oper Neuyork, Gigli, dessen Schicksal noch völlig ungewiß ist.

Arbeitslage im Braunkohlengebiet.

Nach dem Streik.

Ziemlich glatt hat sich die Wiederaufnahme der Arbeit in den bestreikten Revieren vollzogen. Vom Deutschen Braunkohlenindustrieverein wird mitgeteilt, daß in manchen Fällen die Arbeiter, die weitab wohnten, Montag vom Abbruch des Streiks noch nicht unterrichtet waren. Man rechnete für Dienstag mit ihrem Erscheinen. Von den Belegschaftsmitgliedern, die ihre Kündigung eingereicht haben, sind einige in andere Berufe übergegangen. Es handelt sich vielfach um Arbeiter, die aus entfernter gelegenen Gebieten in den Braunkohlenbergbau übergesiedelt waren. Teilweise waren die Werke auch nicht in der Lage, alle Arbeiter wieder einzustellen. Die Unmöglichkeit der Wiedereinstellung ergab sich vielfach daraus, daß während des Stillstandes Grubenbauten durch Rutschungen und Zubruchgehen zerstört waren. In anderen Fällen verbot sich die Wiederaufnahme der Arbeit wegen gänzlicher Unrentabilität. Hier handelt es sich also um dauernde Stillegungen.

Auf zwei Gruben der Umgebung von Liebenwerda, „Hansa" und „Wilhelm", wurde Dienstag noch gestreikt. Die Werkleitung hatte auf diesen Gruben die Wiedereinstellung einer Anzahl Arbeiter abgelehnt mit der Begründung, daß die wirtschaftliche Lage des Betriebes die Verminderung der Belegschaft erforderlich mache. Die Belegschaftsversammlungen beschlossen daraufhin die Fortsetzung des Streiks und riefen die Organisationen an.

Im übrigen ist die Arbeitsaufnahme in dem Revier vollständig erfolgt. Auch die Streitigkeiten wegen der Wiedereinstellung von Bergleuten sind fast restlos beseitigt.

*

Kohlenpreiserhöhung gefordert.

Mittwoch treten die Braunkohlensyndikate im Braunkohlenhaus in Berlin zusammen, um die Forderungen zu formulieren, die dem großen Ausschuß des Reichskohlenrates am 31. Oktober unterbreitet werden. Es verlautet, daß Erhöhungen bis zu 10 Prozent gefordert werden sollen.

Ob für den Verbraucher eine Erhöhung der Kohlenpreise eintritt, hängt allerdings letzten Endes vom Reichswirtschaftsminister ab, der den Beschlüssen des Reichskohlenrates die Zustimmung erteilen muß. Bei den Beratungen werden wahrscheinlich die Möglichkeiten geprüft werden, die Verdienstspanne zwischen Zechen und Handel zu verringern, damit der Verbraucher nicht belastet werden muß.

Lloyd George verurteilt die dauernde Rheinlandbesetzung.

Kein Frieden in Europa ohne Räumung.

In einer Londoner Versammlung der Völkerbundvereinigung hielt Lloyd George eine große Rede, die als Einleitung in dem Feldzuge für Abrüstung zu betrachten ist, den die Lloyd George nahestehenden Politiker betreiben. Der berühmte englische Staatsmann führte u. a. aus:

„Es wird keinen dauernden Frieden geben, wenn nicht jedes Unrecht, das den Frieden bedroht, ruhiger und gerechter Untersuchung eines Gerichtshofes unterbreitet wird, der die Achtung der Welt genießt. Die Schwierigkeiten entstehen entweder durch allzu schroffe Auslegung der Friedensverträge, oder dadurch, daß die Klauseln der Verträge, die den siegreichen Nationen Pflichten auferlegen, nicht ehrlich durchgeführt werden. Ich denke dabei besonders an Fälle, wie die völlige Nichtachtung von Bestimmungen zum Schutze der religiösen und Rassenminderheiten in den annektierten Gebieten. Diese Bestimmungen werden nicht fair durchgeführt.

Denken Sie an die fortdauernde Besetzung des Rheinlandes! Deutschland hat eine aufrichtige und erfolgreiche Anstrengung unternommen, sich an die ihm auferlegten Verpflichtungen zu halten. Ich bin besorgt über die Wirkungen, die die Besetzung auf den Frieden Europas in künftigen Jahren haben wird, besonders, wenn es der Partei, die für die Verlängerung

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF